



## Warnung an Grundkäufer

(Seite 2)

## Provokateur Zeman in Wien

(Seite 3)

## Tribüne der Meinungen

(Seite 16)

# Neue SLÖ-Resolution mit Forderungen an die Bundesregierung

Genau ein Jahr nach der letzten, von der Politik weitgehend ignorierten Resolution an die Bundesregierung wendet sich die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) erneut an die politischen Spitzenrepräsentanten. In der am 6. April bei der SLÖ-Bundeshauptversammlung beschlossenen Resolution werden vier Forderungen an die Bundesregierung formuliert:

- Verhandlungen über konfisziertes Grundeigentum von sudetendeutschen Österreichern;
- Förderung der Heimatstuben und Vertriebenen-Museen;
- Geschichte der Vertreibung im Schulunterricht;
- Amtliche Empfehlung zur Verwendung der historischen deutschen Ortsnamen innerhalb der EU.

In Übereinstimmung mit der Ansicht vieler qualifizierter Ethik- und Rechtsexperten ver-

treten die SLÖ-Delegierten die Meinung, daß die „Gemeinsamen Europäischen Werte“ in der Tschechischen Republik allein schon dadurch außer Kraft gesetzt sind, daß die inkriminierten „Beneš-Dekrete“ nach wie vor gelten, ja sogar im Verfassungsrang stehen. Kritisiert wird in der Resolution auch die Haltung der Bundesregierung beziehungsweise des Außenministeriums, weil diese die Diskussion über die Beneš-Dekrete stets bagatellisierend nur als „ungeklärte Fragen der Vergangenheit“ behandle. Auch Deutschland wird offen kritisiert. Wörtlich heißt es in der Resolution: „Die anhaltende Verweigerung des diplomatischen Schutzes durch eine Politik der Untätigkeit in Österreich und in Deutschland führt bei uns Heimatvertriebenen zu einem völligen Verlust unseres Vertrauens in die regierenden Parteien, zumal wir im zunehmenden Maße bemerken müssen, daß wir und alle unsere über Jahrhunderte

vorangegangenen Vorfahren jetzt auch noch aus der Geographie und aus der Geschichte vertrieben werden sollen.“

Bei der Bundeshauptversammlung wurde auch der Bundesvorstand für zwei weitere Jahre gewählt. SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel wurde in seinem Amt bestätigt, zum neuen Vorsitzenden der Bundeshauptversammlung wurde der frühere Wiener Landtagsabgeordnete Hubert Rogelböck gewählt.

Auch die Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) in München hat kürzlich eine Resolution verabschiedet. Diese stellt sich hinter den Verständigungskurs der Bayerischen Staatsregierung und der SL-Spitze mit dem tschechischen Volk.

Ausführliche Berichte über die SLÖ-Bundeshauptversammlung und über die Resolution an die Bundesregierung lesen Sie auf den Seiten 4 und 5.

*DIE FREUNDSCHAFT zwischen den Staatschefs Heinz Fischer und Miloš Zeman in Ehren, aber eine etwas deutlichere Sprache hätte gerade eine echte Freundschaft schon verdient. Ohne Zweifel hat sich das Verhältnis zwischen Österreich und Tschechien in letzter Zeit deutlich entspannt. Die vor wenigen Tagen eröffnete grenzüberschreitende oberösterreichisch-südböhmische Landesausstellung ist ein sichtbares Indiz dafür. Möglich wurde diese Entwicklung aber vor allem, weil Österreich die Politik der leisen Töne pflegt und es nicht auf lautstarke Auseinandersetzungen ankommen läßt. Das Konfrontative ist dem Österreicher (insbesondere dem Sudetendeutschen) eher fremd. Er bevorzugt die konsensuale Interaktion, was allerdings bei allen Vorteilen des friedfertigen Umganges miteinander auch die Gefahr in sich birgt, in Auseinandersetzungen untergeben zu werden. Diese Gefahr ist umso größer, je mehr das Gegenüber die Harmoniesucht zu seinem Vorteil ausnützt, was Tschechien sicher tut. Denn bei aller Freundlichkeit und ungeachtet der immer wieder beschworenen „hervorragenden Beziehungen“ hat sich in den beiden zentralen Konfliktbereichen Temelin und Vertreibung in der Sache nur wenig im Sinne Österreichs bewegt: Das AKW läuft und soll ungeachtet aller Proteste auch noch ausgebaut werden, die Beneš-Dekrete gelten nach wie vor. Solange dies so ist, bilden freundschaftliche Präsidentenkontakte nicht die ganze Realität des Nachbarschaftsverhältnisses ab. Hier ist noch mehr Schein als Sein.*

*AN DIESEM BEFUND ändern auch (noch) nichts die durchaus bemerkenswerten Kommentare des tschechischen Ministerpräsidenten Nečas zu Zemans Wien-Besuch. Es blieb dieses Mal nämlich nicht ausschließlich der Sudetendeutschen Landsmannschaft und ihrem Bundesobmann Zeihsel vorbehalten, sich kritisch über den Staatsgast zu äußern. Erstmals wurde ein tschechischer Präsident auch daheim wegen seiner Äußerungen über die Sudetendeutschen vom Regierungschef gerüffelt. Bis vor kurzem war die Pflege des sudetendeutschen Feindbildes politischer Konsens in Tschechien. Immer wieder versuchten wahlkämpfende Politiker – allen voran der heutige Präsident Zeman – Ängste vor Eigentum zurückfordern den Vertriebenen zu schüren. Selbst wer dabei unter die Gürtellinie zielte, brauchte keinen Widerspruch des politischen Gegners zu befürchten. Mittlerweile ist da einiges in Bewegung geraten: Daß Nečas seinen Präsidenten wegen dessen Äußerungen in Wien öffentlich maßregelte, ist bemerkenswert. Er geht zwar nicht so weit wie Karel Schwarzenberg, der im Wahlkampf den Nachkriegspräsidenten Edvard Beneš als Kandidaten für ein Kriegsverbrechertribunal eingestuft hatte, aber das bei vielen beliebte Sudeten-Bashing ist zumindest nicht mehr überall in Prag salonfähig. Das könnte eine Basis sein für echte Aussöhnung. Aber real existiert sie noch nicht. Denn auch Nečas geht es nicht um eine inhaltliche Änderung von Positionen, sondern bloß um ein Bewahren der atmosphärischen Fortschritte. Ein Teil der tschechischen Führung hat natürlich erkannt, daß verbale Entgleisungen wie die eines Miloš Zeman auch im eigenen Interesse kontraproduktiv sind. Zemans Sprüche zertressen den Zuckerguß, den man über die bilateralen Beziehungen zu Österreich respektive Deutschland geschüttet hat. Prag weiß, daß es dem Streben nach einer Vertreibung der Sudetendeutschen aus der Tagespolitik nicht förderlich ist, wenn Maulhelden das Thema mit provokanten Wortmeldungen zurück ins mediale Scheinwerferlicht holen. Solange sich tschechische Politiker allzu beleidigender Sprüche enthalten und ansonsten die „hervorragenden Beziehungen“ unterstreichen, spielen ihre Kollegen in Wien, Berlin und München das Spiel brav mit. Nur deshalb hat Nečas seinem Präsidenten einen Ordnungsruf erteilt. Um den Schein zu wahren.*

## DAS BILD DER HEIMAT



Das Denkmal des berühmtesten Kurgastes, Johann Wolfgang von Goethe, beherrscht den Marienbader Goetheplatz.

# Resolution der SLÖ-Bundeshauptversammlung an die österreichische Bundesregierung: Über konfisziertes Eigentum verhandeln

Die Delegierten der SLÖ, der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich, haben anlässlich ihrer Bundeshauptversammlung in Wien am 6. April 2013 einstimmig folgende Resolution an die österreichische Bundesregierung beschlossen:

Die Delegierten der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich bedauern, daß ihren bisherigen Resolutionen und Protesten – insbesondere vom 9. 4. 2011 und 16. 4. 2012 – jeglicher Erfolg versagt blieb.

Das „Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten“ hat zwar in zwei Stellungnahmen beteuert „...daß es für Österreich weiterhin ein wichtiges Anliegen bleiben wird, ungeklärte Fragen der Vergangenheit in einem offenen Dialog zu lösen... und dabei die nachbarschaftlichen Beziehungen mit der Tschechischen Republik im Geist der gemeinsamen europäischen Werte zu vertiefen“, Taten sind jedoch ganz offensichtlich keine gefolgt.

In diesem Sinne erlauben sich die SLÖ-Delegierten, die Österreichische Bundesregierung um Folgendes zu ersuchen:

1. Verhandlungen bezüglich der negativen Auswirkung der Konfiszierungs-Dekrete des Präsidenten Dr. Edvard Beneš auf das Grundeigentum der nach dem Zweiten Weltkrieg in Österreich eingebürgerten Deutschen aus Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien zu führen.
2. Im Sinne der Erhaltung europäischer Kulturwerte die Heimatstuben und Museen der Vertriebenen in Österreich zu fördern und dies auch den Landesregierungen zu empfehlen.

3. Die Tatsache der Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen Gebieten der Österreichisch-ungarischen Monarchie nach dem Zweiten Weltkrieg als Völker- und Menschenrechtsbruch verpflichtend in den Schulunterricht aufzunehmen.

4. Die Verwendung der historischen, deutschen Ortsnamen des Nachbarlandes ČR im Sinne der kulturellen Vielfalt innerhalb der EU und des historischen Erbes amtlich zu empfehlen.

## Begründung:

Zu 1.) Nach Auslaufen der Übergangsbestimmungen zum Grundverkehr wird die Problematik eines rechtlich anfechtbaren Eigentumsverlustes hinsichtlich des gesamten (entschädigungslos) konfiszierten „deutschen“ Grundvermögens erheblich größere Dimensionen annehmen.

Zu 2.) Die Erhaltung der Kulturwerte einer Volksgruppe, von der in der Zwischenkriegszeit 400.000 Personen und nach 1946 rund 160.000 in Österreich eingebürgert wurden, die durch ihre Steuerleistung den Staat gefördert haben, sollte im Sinne der europäischen Kultur eine Verpflichtung sein.

Zu 3.) Vor dem Aussterben der Erlebnisgeneration ist es höchste Zeit, mit der Verfemung der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien durch eine opportunistische Nachkriegspolitik endlich Schluß zu machen.

Zu 4.) Die Leugnung der Jahrhunderte lang gemeinsamen österreichischen Geschichte seitens der offiziellen ČR-Politik führt neben der stattgefundenen „ethnischen Säuberung“ zu ei-

ner zusätzlichen Vertreibung aus der Geschichte der betroffenen Personengruppe (darunter zwei Bundespräsidenten und zahllose Geistesgrößen, allein 159 an der Wiener Universität).

## Europäische Werte in Tschechien außer Kraft

In Übereinstimmung mit der Ansicht vieler qualifizierter Ethik- und Rechtsexperten sind auch die SLÖ-Delegierten der Meinung, daß die vom Österreichischen Europaministerium in seinen beiden Stellungnahmen zitierten „Gemeinsamen Europäischen Werte“ in der Tschechischen Republik allein schon dadurch außer Kraft gesetzt sind, daß die inkriminierten „Beneš-Dekrete“ nach wie vor gelten, ja sogar im Verfassungsrang stehen. Angesichts dieser Fakten kann man den „Gemeinsamen Europäischen Werten“ in Tschechien mit Sicherheit nicht dadurch zum Durchbruch verhelfen, indem die Österreichische Bundesregierung bzw. das „Außenamt“ diesen krassen Widerspruch beider unversöhnlich konkurrierenden Wertesysteme historisierend und damit bagatellisierend nur als „ungeklärte Fragen der Vergangenheit“ behandelt. Abgesehen davon, daß diese „Fragen der Vergangenheit“ von Völkerrechtsexperten eindeutig als „unverjährbarer Völkermord“ qualifiziert wurden.

Der österreichische Völkerrechtsexperte Professor Dr. Felix Ermacora hat dies bereits im Jahre 1991 in seinem anerkannten Gutachten ausgeführt. Der UNO-Sonderberichterstatter und Völkerrechtler Prof. Dr. Alfred de Zayas hat erst 2012 angemahnt, daß die universelle Geltung des Völkerrechts („erga omnes“) eine

zwingende Anwendung erfordert und nicht nach Belieben, quasi „a la carte“, angewendet werden darf. Gleichzeitig forderte er einen Paradigmenwechsel hinsichtlich der „Status-quo-Mentalität“.

## Vertrauen in Regierung verloren

Die anhaltende Verweigerung des diplomatischen Schutzes durch eine Politik der Untätigkeit in Österreich und in Deutschland führt bei uns Heimatvertriebenen zu einem völligen Verlust unseres Vertrauens in die regierenden Parteien, zumal wir im zunehmenden Maße bemerken müssen, daß wir und alle unsere über Jahrhunderte vorangegangenen Vorfahren jetzt auch noch aus der Geographie und aus der Geschichte vertrieben werden sollen.

Seit der Wende 1990 sind die Heimatvertriebenen hingegen mit eigenen finanziellen Mitteln um die Erhaltung der Kulturwerte in ihren Heimatorten und als Multiplikatoren der Völkerverständnisbildung tätig (Allein im ehemals deutsch besiedelten Südmähren rund 200 Objekte im Wert von 1,8 Mio Euro). Durch diese Initiativen entstehen millionenfache Kontakte, auf denen Veröhnung aufbauen kann, sobald sich endlich auch die Vertreterstaaten zu ihren Untaten bekennen.

Durch das Bewußtmachen der kulturellen Wurzeln ist die Heimat nicht mehr ein ferner Mythos. Die Herkunftsgebiete kehren ins europäische Bewußtsein zurück, die Verwendung der historischen, deutschen Ortsnamen liegt im Interesse der Erhaltung der Vielfalt der Kulturen und bedeutet somit einen kulturellen und keinen territorialen Anspruch.

Erinnerung und Geschichte müssen zusammengeführt und gesellschaftlich akzeptiert werden. Geschichtsklitterungen helfen hier nicht weiter. Grenzüberschreitende EU-Projekte unter Ausschluß der Heimatvertriebenen können der Kultur Europas nicht gerecht werden, sind auch niemals gegen die Nachbarländer gerichtet, sondern in ihrem Sinne. Die völker- und menschenrechtliche Wahrheit ist allen EU-Mitgliedern zumutbar!

## Seminare für Ahnenforscher

Auf Grund der zahlreichen Nachfragen veranstaltet **Familia Austria** – Österreichische Gesellschaft für Genealogie und Geschichte“ Halbtagseminare zur Ahnenforschung: Das nächste findet am **Samstag, 18. Mai**, von 13 bis 17 Uhr, in Rabensburg an der Thaya statt. Thema: Ahnen- und Familienforschung in Niederösterreich und der Slowakei.

Nähere Angaben zu den Veranstaltungsorten, zur Anmeldung und den Selbstkosten (für Vereinsmitglieder ermäßigt) finden Sie im Internet unter: <http://familia-austria.net>.

## 89 Prozent mit Nečas unzufrieden

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CVVM sind 89 Prozent der Tschechen mit der Regierung von Premier Petr Nečas unzufrieden. Die gleiche Zahl von Menschen ist auch mit der personellen Zusammensetzung der Regierung unzufrieden, und 84 Prozent kritisieren die Kommunikation der Regierung mit der Öffentlichkeit. Nur 13 Prozent der Bürger bewerteten die Leistung von Premier Nečas positiv. Noch am meisten Zustimmung erhielt die Regierung aus dem rechten Lager, von Menschen mit hohem Lebensstandard und von Wählern der ODS und der TOP 09. Für die Umfrage wurden 1060 Menschen befragt.

## Siemens verlegt Werk nach Mähren

Die Maschinenbau-Gruppe des deutschen Siemens-Konzerns verlegt einen Teil ihrer Produktion von Deutschland ins mährische Müglitz (Mohelnice) bei Mährisch Schönberg (Sumperk). In dieser von hoher Arbeitslosigkeit geprägten Region entstehen dadurch zweihundert Arbeitsplätze. Nach Aussage von Firmensprecher Pavel Kaidl sei jedoch noch nicht gewiß, wann der Umzug erfolgen werde. In Tschechien beschäftigt der Siemens-Konzern bereits rund 10.500 Arbeitnehmer.

Europa ist unsere Hoffnung, Europa ist unsere Zukunft. Erst recht in der Ära der Globalisierung. Wer möchte das in Zweifel ziehen? Die deutschen Heimatvertriebenen schon gar nicht. Sie zählen zu den Pionieren der Europa-Idee. Das Bekenntnis zur Einigung des Kontinents ist integraler Bestandteil ihrer Charta von 1950. Das große Friedensprojekt hat bislang funktioniert. Zumindest nach außen. Im Innern rumort es gewaltig. Die Euro-Geschichte erweist sich als Geschichte verlorener Illusionen. Die Währungsunion, das hat der Liberale Ralf Dahrendorf 1995 vorausgesagt, sei ein großer Irrtum, ein abenteuertes, waghalsiges und verfehltes Ziel, das Europa nicht eine, sondern spalte. Er sollte Recht behalten.

Konvergenz- und Stabilitätskriterien würden eingehalten – so umgarnte einst die Euro-Lobby die Wähler. Die Wirklichkeit ist, wie man heute sieht, eine andere. Versprechen wurden gebrochen, Frust und Mißtrauen machen sich breit. Neue Feindbilder kommen auf. Zu tief sind noch immer die monetären, wirtschaftlichen und mentalen Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten. Die Folge: Der Einfluß der EU-Skeptiker steigt, und man wird ihn nicht mit wohlfeilen Verweisen auf die „Alternativlosigkeit“ des Projekts begrenzen können, erst recht nicht mit einer Quasi-Sakralisierung der Integrationspolitik. Im deutschen Superwahljahr und ein Jahr vor der Wahl zum Europäischen Parlament steht die EU an einer Kehre. Der Versuchung, sich der Euro-Kritiker mit dem Etikett „Europa-Feinde“ zu erwehren, sollten die etablierten Parteien widerstehen, gab die „Frankfurter Allgemeine“ zu bedenken. Verunglimpfung ersetzt keine Argumente. Und selbst die „Süddeutsche“ warnt, die EU dürfe den Menschen nicht ihre nationale Heimat und Sicherheit wegnehmen; das sei Anti-Europa-Politik. Eine Alternative sieht das Blatt in einem „besseren Europa“.

Eine idealistische Forderung. Ein großes Wort, gewiß. Aber wahr ist auch: Die EU krankt an inneren Widersprüchen. Ist sie wirklich in allem eine Wertegemeinschaft? Als solche hatte sie einst ihren Weg angetreten. Kritische Fragen sind deshalb berechtigt. Denn noch sind nicht alle durch die Geschichte versuchten Böden in Europa dekontaminiert. Zum Beispiel die Tschechische Republik, ein Mitglied der Europäischen Union seit 1. Mai 2004. Der neue Staatspräsident Miloš Zeman hat zwar auf der Prager Burg die EU-Fahne aufziehen lassen; darin unterscheidet er sich von seinem Vorgänger Václav Klaus. Aber als Ausweis gesteigerten und ehrlichen europäischen Wertebewußtseins taugt diese

symbolische Geste nicht. Eher ist der Ex-Sozialdemokrat Zeman die Fortsetzung des bürgerlichen Klaus mit anderen Mitteln. Bei seinem Österreich-Besuch hat sich Zeman in der Sudetendeutschen Frage auf Positionen zurückgezogen, mit denen er vor zehn Jahren selbst seinen damaligen deutschen Parteigenossen Gerhard Schröder gegen sich aufbrachte. Auf die Frage, ob er heute noch dazu stehe, daß die Vertreibung der Deutschen milder als die Todesstrafe gewesen sei, antwortete er: „Selbstverständlich. Wenn man Bürger eines Landes war und mit einem Land kollaboriert hat, das sein Land okkupiert hat, dann ist die Vertreibung moderater als zum Beispiel die Todesstrafe.“ Und er hielt auch den Vorwurf aufrecht, die Sudetendeutschen seien die „fünfte Kolonne“ Hitlers gewesen. Man möchte Zeman das Buch von Chad Bryant (University of North Carolina in Chapel Hill) empfehlen. Es zerstört politische

## EUROPA AN DER KEHRE

— Von Gernot Facius —

Legenden und Mythen, es legt den nationalen Egoismus der Prager Politik nach 1918 bloß, es korrigiert die Vorstellung, die erste Republik sei eine funktionierende Demokratie gewesen; die funktionierende Demokratie war im wesentlichen auf das angebliche „Staatsvolk“ beschränkt. So wird begreiflicher, wie es dazu kam, daß die Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien den Verlockungen des „Dritten Reiches“ erlagen und in der Tat Hitlers Expansionspolitik erleichterten. In Zeman's Geschichtsdarstellung werden die Prager Fehler ausgeblendet. Ebenso das Faktum, daß es sich bei der Vertreibung nicht um einen Kriegsvorgang handelte, sondern um das erste Massenverbrechen in der Friedenszeit, seit den frühen vierziger Jahren vorbereitet. Das verschweigt Zeman. Lieber geht er zur Attacke über.

Premierminister Petr Nečas von der bürgerlichen ODS, man muß ihn loben, hat dem Staatsoberhaupt geraten, sich im Ton zu mäßigen, man schreibe schließlich das Jahr 2013 und sei seit bald neun Jahren Mitglied der EU. Nun darf man gespannt sein, wie das Tauziehen zwischen Präsident und Premier ausgeht. Zeman hat kein Geheimnis daraus gemacht, daß er die Nečas-Regierung bald

loswerden möchte und für vorgezogene Neuwahlen eintritt. Nečas hat in seiner Münchner Rede, wenn auch in aller Behutsamkeit, für eine aktive Verständigungspolitik gegenüber den Sudetendeutschen plädiert. Daß er sich dabei in einen Gegensatz zum Präsidenten brachte, zeigten die wütenden Kommentare aus dem Lager der Zeman-Wähler.

Bis zur Stunde ist der Hausherr auf der Prager Burg nur gewillt, sich von den Exzessen der wilden Vertreibung zu distanzieren, nicht aber von der Entscheidung, die deutschen Mitbürger zu entrechten und ihnen die Heimat mit Gewalt zu nehmen. Er versteigt sich zudem zu der Behauptung, die Beneš-Dekrete beinhalteten nicht das Kollektivschuld-Prinzip. Immerhin ist Zeman aber dann so ehrlich, darauf hinzuweisen, daß die Dekrete „natürlich“ noch gelten, daß sie weiter Teil der tschechischen Rechtsordnung sind, gedeckt durch das Verfassungsgericht. Aber er gibt sich gnädig: Alles Geschehene müsse man den Historikern überlassen, die Beziehungen zu Österreich und Deutschland brauche das nicht zu tangieren.

Warum dann die Wiederholung der scharfen Töne von 2002? Eine Erklärung bietet sich an: Der Präsident hat sich jüngst mit Vertretern der nationalistic-kommunistischen „Klubs der Grenzgebiete“ getroffen. Sie schüren noch immer die Furcht vor einer Rückkehr der Sudetendeutschen. Die Klub-Parolen haben Miloš Zeman im Präsidentschaftswahlkampf mit zum Sieg über Karel Fürst Schwarzenberg verholfen. Ohnehin gehört es zu seiner Taktik, dem gesamten linken und nationalistischen Spektrum Avancen zu machen. Dafür spricht unter anderem sein Versuch, den kommunistischen EU-Abgeordneten Vladimír Remek – einen ehemaligen Kosmonauten – als Botschafter nach Moskau zu schicken. Dagegen sperrt sich Außenminister Schwarzenberg. Zu Recht. Zeman ist offenbar dabei, den Staat nach seinen Vorstellungen umzubauen. Den Anspruch dazu meint er aus der Tatsache ableiten zu können, daß er der erste direkt vom Volk gewählte Präsident ist. Bei seinem Amtsantritt versprach er, die polarisierte Nation zu einen. Davon ist bislang nichts zu spüren. Im Gegenteil, die Polarisierung schreitet fort. Daß Zeman für einen EU-Beitritt Rußlands eintritt, weist ihn als gelehrigen Schüler des tschechischen russophilen Lager aus. Es hatte immer den großen slawischen Bruder sehnsuchtsvoll im Blick. Nicht für alle EU-Partner ist das angesichts der autokratischen Züge des Putin-Regimes eine angenehme Perspektive. Und vermutlich auch nicht die letzte Überraschung aus Prag.